

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Auer Verlagsgesellschaft
Verwaltung: Auer Verlagsgesellschaft
Vertrieb: Auer Verlagsgesellschaft

Verleger: Auer Verlagsgesellschaft
Verwaltung: Auer Verlagsgesellschaft
Vertrieb: Auer Verlagsgesellschaft

Telegraphische Anzeiger: Auer Verlagsgesellschaft. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts A. B. D. Postamt: Auer Leipzig Nr. 1098

Nr. 136

Freitag, den 13. Juni 1924

19. Jahrgang

Coolidges Wiedernominierung.

Von unserm Berliner Mitarbeiter.

Wie durch einen kurzen Funkpruch gemeldet worden ist, hat der Nationalkongress der Republikanischen Partei der Vereinigten Staaten, der am Dienstag in Cleveland zusammengetreten ist, auf der Grundlage der noch ihrem Inhalt bereits bekannten Parteiplattform als Parteikandidaten für die Präsidentschaftswahl wiederum den gegenwärtigen Präsidenten der Union Coolidge aufgestellt.

Ein diesem Beschluß war kaum zu zweifeln, und auch die ersten Nachrichten über die Tagung in Cleveland hatten bestätigt, daß Coolidge dort das Feld vollkommen beherrschte. Trotzdem muß die Einmütigkeit, mit der seine Nominierung — wenigstens nach der vorliegenden kurzen Meldung — erfolgt ist, einigermaßen überraschen, denn das, was in den letzten Wochen und Monaten über die Verhältnisse innerhalb der republikanischen Partei bekannt geworden war, gab zwar noch keinen unbedingten Anlaß, an der maßgebenden Stellung des Präsidenten innerhalb der Partei zu zweifeln, kündigte aber doch das Hervortreten und Anwachsen sehr beträchtlicher oppositioneller Strömungen an und bereitet darauf vor, daß der beabsichtigten Wiedernominierung Coolidges zum mindesten ein Kampf vorausgehen werde. Coolidge hat von dem Kongress in letzter Zeit mehr als einmal Aktionen hinnehmen müssen, die zu seinen politischen Plänen und Willensäußerungen in scharfem Gegensatz standen, und von denen die letzte gerade in diesen Tagen noch sehr sichtbar und sichtbar Begleiterscheinungen zeitigt. Wir meinen den Versuch des Präsidenten, die gegen die japanische Einwanderung gerichtete Klausel, aus der neuen Fassung des Einwanderungsgesetzes zu entfernen, ein Bestreben, über das der Kongress demonstrativ hinwegging, mit dem Erfolg, daß die amerikanisch-japanischen Beziehungen erneut eine scharfe Spannung aufweisen, die sich in den bekannten diplomatischen Schritten der letzten Zeit und auch in sonstigen, zum Teil sogar recht sensationell anmutenden Auswirkungen kundtun. Das ist nur der letzte und nur einer von den sich mehrenden Fällen, in denen der Kongress sich gegen den Präsidenten gestellt hat, und es ist ein offenes Geheimnis, daß unter denen, die dabei besonders gegen Coolidge agitierten, maßgebende Männer der eigenen, republikanischen Partei zu finden waren.

So kam es, daß man der großen Tagung in Cleveland mit einer gewissen Spannung und Besorgnis entgegen sah. Besonderen Anlaß dazu gab die Tatsache, daß der Führer der radikalen fortschrittlichen Gruppe der Partei, der bekannte Senator Dazolette, mit der Absicht auf den Kongress kam, dort eine eigene Plattform vorzulegen und für den so gut wie sicher zu erwartenden Fall ihrer Ablehnung, mit der Gründung einer eigenen „Unabhängigen Republikanischen Partei“ zu antworten als deren Präsidentschaftskandidat er dann erscheinen würde. Dieser Plan muß für die Mehrheit der Partei sehr unerfreulich wirken, denn die Minderheit, die Dazolette hinter sich vereinigt, ist keineswegs zu unterschätzen; sie zählt in den Reihen ihrer Führer Männer vom Rufe der Senatoren Borah und Johnson. Sie hat dank ihrem Programm starken Zuspruch aus den Reihen der Landwirte und der Arbeiterschaft, und es ist berichtet worden, daß auch ein Ausschluß von Führern der Deutschamerikaner sich lebhaft für die Unterstützung einer eventuellen Kandidatur Dazolettes einsetzen will. Gerade die Farmerfrage, die der vor einer Woche zu Ende gegangene Kongress noch nicht erledigt hat wird in dem bevorstehenden Wahlkampf eine starke Rolle spielen, und es mußte der republikanischen Parteileitung daher im höchsten Maße unerwünscht sein, diesen wertvollen Teil ihrer Anhänger zu einer neuen Parteibildung abzuwandern zu sehen. Es kommt hinzu, daß auch gegenüber dem anderen die Wahlkampagne zweifellos mit am stärksten beherrschenden Problem, der Frage der Einstimmung zu den europäischen Dingen, Dazolette ein sehr aktives Programm vertritt. Darin befindet sich die bemerkenswerte Forderung nach einer „Revision des Versailleser Vertrages“ in Uebereinstimmung mit den Waffenstillstandsbedingungen, was nichts anderes besagen kann, als eine Vergleichung der Versailleser Bestimmungen mit den Versprechungen, die in Wilsons 14 Punkten enthalten waren und die Voraussetzung für den Abschluß des Waffenstillstandes gegeben haben. Diese Voraussetzungen, um die Deutschland nachher so schmachvoll betrogen worden ist. So groß das deutsche Interesse an der Verwirklichung solcher Gedankenänge in der amerikanischen Politik sein muß, und so unmissverständlich wir die Amerikaner immer wieder daran erinnern müssen, daß sie uns für jenen Betrug verantwortlich schuldig sind: — die Hoffnung, daß die Idee Dazolettes sich schnell verwirklichen lassen werde, wäre wohl verfrucht.

Die Tatsache der Nominierung Coolidges ist zwar noch keineswegs ein Beweis dafür, daß Dazolette sich gebeugt hat, und man wird ausführlichere Berichte um die Entwicklung der nächsten zwei, drei Wochen abwarten müssen, ehe man darüber klar sieht. Wohl aber darf aus diesem Ergebnis von Cleveland angenommen werden, daß verschiedene andere Schwierigkeiten überwunden und eine ausreichend starke Mehrheit gebildet werden konnte, um die unumstößliche Wiederwahl Coolidges durchzusetzen.

Coolidge ist also der erwähnte Präsidentschaftskandidat, mit dem die Republikaner in den Wahlkampf ziehen. Die Entwicklung, die man, wie wir eben sagten, abzuwarten hat, wird zugleich lehren, ob sie für ihn allein mit den Demokraten zu kämpfen haben werden. Tut Dazolette wirklich seine neue Partei auf, so geht der Kampf zwischen Dreien, und er wird dadurch nicht nur verschärft, sondern es wird auch die Möglichkeit einer neuen Lösung erschwert. Es ergibt sich dann nämlich die bei der Stärke des Dazolette'schen Anhangs keineswegs nur theoretische Möglichkeit, daß keine der drei Parteien bei der Wahl der Wahlmänner eine genügend große Zahl von Wählern für sich zu gewinnen vermag um den Bestimmungen der amerikanischen Verfassung zu genügen. In diesem Falle hätte dann die Wahl des neuen Präsidenten durch den Kongress zu erfolgen, der bekanntlich ebenfalls im November neu gewählt wird, und dessen Zusammensetzung sich angesichts der starken Stimmungswandlungen heute ganz und gar nicht voraussagen läßt. Trotz des Beschlusses der Republikanischen Partei, an Coolidge festzuhalten, sind also die Aussichten für die Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten noch völlig unübersichtlich, was wiederum für die Einstellung Amerikas als Faktor in die weltpolitische und weltwirtschaftliche Rechnung von sehr stark hemmender Bedeutung sein muß.

Das Dawes-Gutachten und die Deutschnationalen.

In der Stellungnahme zu dem Dawes-Gutachten und zu dessen Ausführung durch die deutsche Regierung haben die Deutschnationalen neuerdings einen bemerkenswerten Wechsel vollzogen. Es ist erst wenige Tage her, da überschüttete die deutschnationalen Presse das Kabinett Marx mit den lebhaftesten Vorwürfen deshalb, weil sie aus angeblicher Liebdenerei gegen die Entente die Gefesentwürfe, die zur Ausführung des Gutachtens nötig sind, bereits ausarbeiten ließ. Man versuchte den Glauben zu erwecken, als ob sich noch der Reichstag mit dem Gutachten selbst befassen müsse. Während doch diese Frage in Wirklichkeit längst dadurch gelöst war, daß die Regierung schon vor den Wahlen die Vorschläge der Sachverständigen als geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen anerkannt hatte. Jetzt aber geht der Wind mit einem Male ganz anders. Der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Hoersch sagt in der außenpolitischen Wochenübersicht der „Arensztg.“ mit bürren Worten: „Ohne Zweifel ist die Regierung Marx-Stresemann jetzt leaktimert, die Gefesentwürfe, die aus dem Gutachten hervorgehen, energisch zu fördern.“ Und in der „Deutschen Tagesztg.“, dem Organ der Deutschnationalen Abg. Woeder, wird erklärt: „Bisher hat es jedenfalls als selbstverständlich gegolten, daß die Reichsregierung die zur Durchführung des Dawes-Gutachtens notwendigen Gefese dem Reichstage vorlegt, und daß dieser volle Freiheit hat, die betreffenden Gefese abzuändern, anzunehmen oder abzulehnen.“ Dies letztere ist unbestreitbar; wenn Herr Woeder es überhaupt erwähnt, so soll es nur dazu dienen, das Zugeständnis abzuschnüdeln, daß die Regierung recht daran tut, mit allem Nachdruck die Fertigstellung der einschlägigen Gefesentwürfe zu betreiben. Hierin sind sich also die Deutschnationalen jetzt einig, während sie vor kurzem noch dem Kongress die Befugnis dazu bestritten hatten. Woher aber dieser plötzliche Umschwung? Den Grund braucht man nicht zwischen den Beilen zu suchen, er wird ziemlich unerblich ausgesprochen: nachdem die Deutschnationalen mit dem Sturz der Regierung Hiaslo gemacht haben, möchten sie jetzt brennend gerne wenigstens an der Regierung beteiligt sein, und erklären sich, um ihre Regierungsfähigkeit zu erweisen, zu den weitgehenden Konzessionen auf außenpolitischem Gebiete bereit. Jetzt kommt plötzlich Abg. Hoersch zu der Erkenntnis: „Die Wirtschaft verlangt, daß die heutigen unsicheren Zustände aufhören, und das Ruhrgebiet am meisten. Sie verlangt, daß die Erörterung über das Gutachten in Fluß und zum Abschluß komme.“ Die aus dem Gutachten folgenden Gefesentwürfe werden dem Reichstag in wenigen Wochen zugehen. Die Deutschnationalen können dann zeigen, daß ihre Belehrung zu dem Gutachten wirklich sachlichen Motiven entspringt und nicht nur der Sehnsucht nach einigen Winterkesseln.

Heute Präsidentschaftswahl in Frankreich.

Die Vorabstimmung. — Painlevé als Kandidat.

Am der Abstimmung in der Vollversammlung der links stehenden Parteien zur Bestimmung eines Kandidaten für die Präsidentschaft der Republik haben 475 Deputierte und Senatoren teilgenommen. Das Ergebnis der Wahl ist folgendes: Kammerpräsident Painlevé 308, Senatspräsident Doumergue 149, Poincaré 1 Stimme, weiße Zettel 19.

Nachdem Senatspräsident Doumergue sich bereit erklärt hat, seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl zurückzuziehen, haben die Parteien, die zum Kartell der Linken gehören, beschlossen, die Kandidatur Painlevés aufrecht zu erhalten. Die sozialistische Kammergruppe wird ebenfalls für Painlevé stimmen.

Die Stimmung in England.

Der Rotterdamsche „Courant“ meldet aus London: Der kommende Wintsturz in Frankreich wird in den Kreisen des Arbeiterkabinetts als wichtige Stütze der eigenen Position angesehen. „Daily Chronicle“ greift Henderson bestia an, der in der Metallarbeiter-Union in Liverpool am Dienstag gefagt habe, ein Sieg des Sozialismus in Frankreich sei vom englischen Standpunkt aus zu begrüßen, denn er mache den Engländern auf absehbare Zeit hinaus jede andere Außenpolitik als die der Arbeiterregierung unmöglich.

Herriot über seine Politik.

Dem Pariser Berichterstatter des „Daily Express“ erklärte Herriot: Meine Stellungnahme gegenüber England besteht darin, gemeinsam mit der Londoner Regierung die sofortige Anwendung des Dawesberichts herbeizuführen. Ich werde wahrscheinlich binnen 10 Tagen nach London fahren. Wenn alles nach Wunsch verläuft werde ich am Montag oder Dienstag mein Kabinett bilden. Ich werde dann die Politik verfolgen, die bereits allseits bekannt ist. Was Deutschland betrifft, bekräftigen wir eine Amnestie. Ueber das Ruhrproblem, die Erweiterung der Ricumerträge, die Amnestie für die ausgewiesenen Deutschen kann ich vorläufig nichts Bestimmtes sagen, so lange ich die Affen nicht eingesehen habe.

Demokratischer Beamtentag.

Für den demokratischen Beamtentag, der in Offenach am 14. und 15. Juni stattfindet, liegt nunmehr die endgültige Tagesordnung vor. Die Gesamtagung findet auf der Wartburg statt und steht am Sonnabend vormittag zwei Referate vor, deren erstes, „Das Ergebnis der Reichstagswahlen und seine Folgen“ von Gerhard Voigt, Berlin, erstattet wird, während Arthur Hesse, Berlin, über den „Aufbau der Beamtensorganisationen innerhalb der Partei“ Bericht erstatten wird. Am Nachmittag sprechen die Herren Dellus-Halle und Schuldt-Steglich über „Materielle und rechtliche Forderungen der Beamtenschaft“. Für den Abend ist eine große Veranstaltung im Festsaal des Wartburghotels geplant, bei der der Parteivorstand Reichsminister a. D. Koch sprechen wird. Am zweiten Tage erstattet Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. von Dulsig, Berlin, einen Bericht über das neue Diskontierungsgesetz. Die Tagung endet mit einer großen vaterländischen Kundgebung im Parkhof der Wartburg, bei der die Herren Reichsminister a. D. Koch und Gerhard Voigt, Berlin, sprechen werden.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Wie wir bereits berichteten, trat am Mittwoch der diesjährige sozialdemokratische Parteitag unter sehr starker Beteiligung zusammen. Hauptredner des Eröffnungsvorabends war das Mitglied des Parteivorstandes, Reichstagsabgeordneter Crispian. Er ging von den politischen und wirtschaftlichen Wirkungen des Versailleser Vertrages aus und kam dann in breiten Ausführungen auf die internationale zu sprechen, deren Wiederherstellung einer der größten Erfolge der Einigung in Deutschland sei. Weiterhin führte der Redner aus, daß die Reparation müsse sich auf die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete beschränken, immer klarer sei geworden, daß die gewaltige Belastung Deutschlands über das Erträgliche hinaus auch verderblich sein müsse für die Siegerstaaten und zu einer Weltanarchie führen müsse. Mit der Annahme des Sachverständigen Gutachtens würden die Sozialdemokraten auch in Deutschland Boden unter den Füßen erhalten und könnten dann für eine gerechte Verteilung der Lasten kämpfen. Der Vorsitzende Weis bekräftigte die Vertreter der ausländischen Organisationen, die dann ihrerseits Ansprachen hielten.

Zweite Tag.

Die Sitzung am Donnerstag wird durch den Vorsitzenden, Abgeordneten Dittmann, eröffnet. Dittmann erhebt im Auftrag des Parteivorstandes vor, eine Kommission von neun Mitgliedern zur Erörterung

zung der [K]... Differenzen einzufügen... die zunächst eine Verständigung versuchen, und wenn diese scheitert, mit einem bestimmten Antrag an den Parteitag heranzutreten sollen.

Sum ersten Punkt der Tagesordnung betr. Bericht des Parteivorstandes spricht zunächst der Parteivorsitzende Weis. Er geht im Verlauf des Referates auf die sächsischen Verhältnisse ein und wendet sich scharf dagegen, daß Beizner in Berlin den Parteivorstand der Korruption bezichtigt habe.

Ludwig-Berlin sprach hierauf über Fragen der Organisation. Die Partei zählte am Schluß 1923 1361 072 Mitglieder, darunter 180 000 weibliche. Die Partei besitzt in Deutschland 189 Zeitungen, 50 Prozent der Zahl von 1914. Der Redner besitzert die gesamten Wahlkosten auf etwa 845 000 Mark.

Hierauf erhält das Wort zum Bericht der Reichstagsfraktion Wg. Hermann Müller. Der Redner ist von der absoluten Notwendigkeit kleinerer Wahlkreise überzeugt. Der persönliche Zusammenhang zwischen dem Abgeordneten und dem Wahlkreis muß mehr betont werden. In dem Verhältniswahlssystem sei festzuhalten. Der Regierung Mary haben wir kein formelles Vertrauensvotum gegeben, sondern nur ihr Verhalten gegenüber dem Sachverständigenrat gebilligt.

Die Vera Beizner war ein Schaden für die deutsche Politik. Der Redner begründet den Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung anlässlich der Vorfälle in Sachsen. Durch ihr Vorgehen gegen Sachsen habe die Regierung allerdings ein Uebergreifen des bairischen Brandes nach Norddeutschland verhindert. Die Art der Ausübung des passiven Widerstandes habe Deutschland wieder Achtung in Europa verschafft. Schließlich besteht doch das deutsche Volk nicht aus lauter Hundern, die jede Demütigung hinzunehmen haben. Auf die Haltung der Sozialdemokraten zum Ermächtigungsgesetz übergehend, sagt der Redner, in verschiedenen Wahlkreisen seien in Dausch und Wogen all die Abgeordneten abgesetzt worden, die für die Ermächtigungsgesetze gestimmt haben.

In der Nachmittagsitzung ließ die Mandatsprüfungskommission mitteilen, daß 400 Delegierte am Parteitag teilnehmen. Der Parteitag trat sodann in die gemeinsame Aussprache über die Referate ein. Dazu liegen eine große Anzahl von Anträgen vor. Zur Aussprache sind bereits 44 Redner gemeldet.

Die revolutionäre Bewegung in Rumänien.

Die „Times“ melden aus Bukarest: Die Dementis der ausländischen rumänischen Vertretungen bestätigen sich nicht. Am 2. Pfingsttag hat in Bukarest eine von über 10 000 Personen besuchte Tagung der Bauernpartei und der Transylvanischen Partei stattgefunden. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die für Rumänien eine Volksabstimmung über die zukünftige Staatsform Rumaniens fordert.

Rumänische Massenkundgebung gegen die Regierung.

Der „Daily Telegraph“ meldet aus Bukarest, daß eine große Massenkundgebung gegen die Regierung in Bukarest stattgefunden habe. Man forderte, daß die Regierung Bruttanu abgesetzt und eine Regierung bestehend aus Mitgliedern der Bauernpartei und der Transylvanischen Partei eingesetzt werde. Da die genannten Parteien als republikanisch gelten und dadurch die Dynastie als bedroht gilt, versuche der König, die Regierung der Volkspartei und der Konservativen Partei zu übergeben.

Das Chamäleon.

Von Sven Elvestad.
Autorisierte Uebersetzung von Gertrud Bauer.
(21. Fortsetzung.)

Als sie sich dem Schimmer näherten, hörten sie die laute Stimme des Generals. Er rief: „Niemand! Keine Vorschläge, welche du willst, aber das nicht! Niemand!“

Rosenkrantz befehlte seine Schritte. „Wir wollen machen, daß wir hineinkommen. Wenn der Alte in dieser Laune ist, wird es höchste Zeit, ihn zu unterbrechen.“

Als der General die beiden Männer erblickte, stürzte er mit rotem Kopf, zitternd vor Aufregung, auf sie zu. „Fräulein Luise stand am Balfett und suchte verlegen an einem Tafelauffatz herum.“

„Denken Sie sich nur, meine Herren, meine Rechte hat die sonderbarsten Einfälle.“ rief der General. „Sie will den Mann mit den Schornsteinen auf heute Abend hierher einladen!“

„Das kannst du ja bleiben lassen, lieber Oheim, wenn du es nicht haben willst.“ wandte Luise ein. „Darum machst du deshalb einen solchen Vorschlag?“

„Wer ist der Mann mit den Schornsteinen?“ erkundigte sich Rosenkrantz.

„Stener, der Ingenieur!“ beehrte sich Fräulein Luise, seinem Verständnis zu Hilfe zu kommen. „Er,

tel zu übergeben. Das Parlament hat sich bis zum 30. Juni vertagt.

Deutschlands Auswendungen in Ausführung des Friedensvertrages. Zur Durchführung des Vertrages von Versailles sind seit der Umstellung des Reichshaushalts auf Goldmark, d. h. seit 1. Oktober 1923 bis 31. März 1924 insgesamt 450 488 716 Goldmark Ausgaben gemacht worden.

Die Verstärkung der Mittel der Goldbilkontant durch die Erhöhung des amerikanischen Kredits von ursprünglich 5 auf 25 Millionen Dollars bewirkt, daß dieses deutsche Bankinstitut jetzt über ausländische Kredite von insgesamt 300 Millionen Goldmark verfügt. Das ist ein Betrag, mit dem die Goldbilkontant ihrer Aufgabe, der Stützung der deutschen Industrie und Landwirtschaft, in erheblichem Maße gerecht werden kann.

Für Behebung der Not der deutschen Studentenschaft haben die Abg. Koch (Dem.), Dr. Schroeder (Zentrum) und Dr. Rosenbauer (Dr. Sp.) mit Unterstützung von Mitgliedern ihrer Fraktionen im Reichstag den Antrag eingebracht, die Reichsregierung zu ersuchen, die besonders schwere Notlage des größeren Teiles der deutschen Studenten erneut und beschleunigt nachzuprüfen und die Gewährung von Krediten und nachhaltigen Unterstützungen an die wirtschaftlichen Selbsthilfeeinrichtungen zu ermächtigen.

Belgisch-englische Anleihe für Danzig. Wie die „Danziger Zeitung“ hört, hat sich eine belgisch-englische Gruppe bereit erklärt, dem Freistaat für Zwecke des Wohnungsbaues eine Anleihe von 1 Million englische Pfund gleich 25 Millionen Danziger Gulden zum Zinssatz von 8 Prozent zur Verfügung zu stellen.

Von Stadt und Land.

Aus, 18. Juni.

Änderung der Geschäftsaufsicht.

In der gestrigen öffentlichen Sitzung des Reichsrates wurde der Regierungsverordnung zugestimmt, welche die Bestimmungen über die Geschäftsaufsicht in einigen sehr wesentlichen Punkten abändert, um dem Mißbrauch mit der Geschäftsaufsicht zu steuern. Das bisherige Gesetz in vier Absätzen wird abgeändert. Die seit dem 1. Mai d. J. bestehenden Geschäftsaufsichten sollen nachträglich veröffentlicht werden.

Die Hauptänderung betrifft die Möglichkeit der Aufhebung bestehender Geschäftsaufsichten. Eine Geschäftsaufsicht ist künftig ohne weiteres sofort aufzuheben, wenn in einer Gläubigerversammlung die Mehrzahl der Gläubiger, die mehr als die Hälfte der Forderungen vertreten, es beschließt. Das gilt nicht nur für künftige, sondern auch schon bestehende Geschäftsaufsichten. Außerdem findet die Geschäftsaufsicht ohne weiteres ein Ende, wenn der Schuldner nicht bis zum Ablauf der Frist von 1 Monat seit Inkrafttreten der Aufsicht einen Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens einreicht. Für bereits bestehende Aufsichten gilt hier die Frist von 2 Wochen seit Inkrafttreten der neuen Verordnung. Ferner findet die Aufsicht ohne weiteres ihr Ende, wenn 3 Monate seit ihrer Anordnung verstrichen sind. Für bestehende Aufsichten beträgt diese Frist 2 Monate seit Inkrafttreten der neuen Verordnung.

Außerdem treten zum Teil amtliche erhebliche Gebührenerhöhungen an die Stelle der bisherigen Gebührensfreiheit. Auf Antrag Preußens wurde festgesetzt, zunächst darauf hinzuwirken, daß vorhandene Warenvorräte und sonstige Bestände zur Veräußerung kommen. Die neue Verordnung wird sofort im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden und dadurch Gesetzeskraft erlangen.

Strafantrag der Minister Heldt und Müller gegen den Oberst a. D. Richter.

Die Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei teilt mit: Der Oberst a. D. Richter hat in einem „Offenen Brief“ zwei Fragen an Heldt wegen der weiteren Radikalisierung der sächsischen Landespolizei trotz gegebener entgegengesetzter Versprechungen gerichtet. In dem Briefe werden gegen den Ministerpräsidenten und den Minister des Innern Müller eine Reihe der schwersten ehrenrührigen Behauptungen erhoben. Es wird ihnen u. a. Bruch des Ehrenwortes und der Vertragstreue vorgeworfen. Die Beleidigten haben gegen

der dort unten die Fabrik gebaut und dem Oheim die Aussicht verbunzt hat, wie er behauptet.“

„Ja, meine Herren, ihn meine ich, diesen elenden Zivilisten!“ rief der General. „Nicht nur ist er mit dieser Fabrik auf den Leib gerückt und hat mir mit seinem gemeinen Schornsteinrauch mein altes schönes Gut verunkelt, er hat auch noch die Frechheit gehabt, mir vorzuschlagen, ich sollte ihm meine Felder verkaufen, damit er noch mehr Fabrikshäute bauen kann! Das ist eine Niedertracht sonderbarsten! Die liebe Luise bringt mich ja zu vielem, aber ehe ich Kaufschlote auf Jernegaard aus dem Boden wachsen lasse, lieber reise ich wieder ab.“

Fräulein Luise ging zu dem alten Brunnbär hin und schlang ihm die Arme um den Hals, wie sie jederzeit tat, wenn sie ihn milder stimmen wollte.

„Lieber Oheim, es war nur ein Einfall von mir.“ sagte sie. „Wir haben doch, weiß Gott, wenig genug Herren hier in der Gegend. Es ist niemand da als der Pfarrer, der Schultheiß, der taube Bogt, der Doktor mit den neun Kindern und derartige Herren. Der einzige, der nicht, bist du — und darum habe ich gedacht: Dolmetsch mir und den Ingenieuren! Er ist außerdem ein bedeutender Mann, lieber Oheim, und es geht nicht länger, die Leute auf der Fabrik aus der Gesellschaft auszuschließen; die moderne Welt ist von den Ingenieuren längst erobert, lieber Oheim, allem Militär zum Trotz.“

„Gut und schön, aber ich ergebe mich nicht.“

den Obersten a. D. Richter und gegen die „Dresdner Nachrichten“, die den offenen Brief in etwas abgemildeter, aber immer noch beleidigender Form veröffentlicht, Strafantrag gestellt und zwar nicht nur auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik, sondern auch wegen verleumdlicher Beleidigung, sobald dem Obersten Richter Gelegenheit gegeben ist, den Wahrheitsbeweis für seine schweren Beschuldigungen anzutreten.“

Neuer Schiedspruch im sächsischen Kohlenbergbaukonflikt.

Ein von amtswegen vom Reichsarbeitsminister zur Beilegung des Konfliktes im sächsischen Steinkohlenbergbau einberufener Schlichtungsausschuß hat am 11. Juni 1924 folgenden Schiedspruch gefällt:

1. Die Arbeit ist spätestens am 16. Juni 1924 wieder aufzunehmen.
2. Maßregelungen aus Unlaß der Teilnahme von Arbeitnehmern an dem Arbeitskamps finden nicht statt.
3. Die Arbeitnehmer sind wieder einzustellen, sobald und soweit es die Betriebsmöglichkeiten gestatten. Ueber Einsprüche von Arbeitnehmern, die aus einem in ihrer Person liegenden Grunde nicht wieder eingestellt werden, entscheidet endgültig ein Unparteiischer, über dessen Person sich die Tarifparteien einigen werden. Im Nichteinigungsfalle bestellt der Reichsarbeitsminister den Unparteiischen.
4. Die während des Arbeitskamps ausgefallenen Schichten sind am tarifmäßigen Urlaub anzurechnen. Die Hälfte der nach dem Tarifvertrag zustehenden Gelder für Urlaubstage ist den wieder eingestellten Arbeitnehmern zu zahlen und zwar innerhalb von 2 Monaten nach Wiederaufnahme der Arbeit, spätestens bis 1. September 1924.
5. Im übrigen treten die wieder eingestellten Arbeitnehmer in die tariflichen Rechte aus dem früheren Arbeitsverhältnis wieder ein.
6. Frist zur Erklärung bis 14. Juni 1924 abends.

Protokollarische Notizen.

1. Die Arbeitgebervertreter erklärten sich bereit, a) bald nach Wiederaufnahme der Arbeit auf Wunsch von wiedereingestellten Arbeitnehmern Abschläge auf den Lohn oder Vorschläge auf die Gelder für Urlaubstage zu gewähren; b) in Verbindung mit der protokollarischen Erklärung vom 13. März die Bedinge mit steigender Leistung progressiv zu gestalten, mithin soll eine durch Mehrleistung erzielte Lohnsteigerung keinen Anlaß zur Gebinderückzahlung geben.
2. Abzüge für tariflich zuziel entnommene Deputatlohe werden den Wiedereingestellten zurückgezahlt und die Deputatlohenmenge entsprechend auf den jährlichen Anspruch angesetzt.

In der Begründung führte der Vorsitzende, Herr Oberregierungsrat Dr. Rübner, aus, daß für den sächsischen Steinkohlenbergbau eine Wohnerrhöhung zur Zeit untragbar sei und daß die Arbeitszeitfrage durch den Schiedspruch vom 24. 4. 24. bereits geregelt sei. Von der Entwicklung der Leistung werde es abhängen, ob zu gegebener Zeit eine Wohnerrhöhung vereinbart werden könne. Auf Vorschlag des Ministers haben sich die Tarifparteien bereits auf Herrn Ministerialrat a. D. Ditsch in Dresden als Unparteiischen geeinigt.

Der sächsische Index. Nach den Preisfeststellungen vom 11. Juni sind vom Statistischen Landesamt folgende Indexzahlen für Sachsen errechnet worden: Mit Bekleidung 1,138 Millionen, ohne Bekleidung 1,085 Millionen. Das entspricht gegenüber der Vorwoche einer Senkung der Preise um 1,4 bzw. 1,5 Prozent.

Notlandung eines tschechischen Militärfliegers. Gestern abend 6 Uhr erfolgte die Notlandung eines tschechischen Militärfliegers in Werda bei Falkenstein. Der Flugzeugführer, ein Schüler der Militärflugschule in Eger, wurde festgenommen, auf Anweisung der Flugzeugwache in Leisnig heute früh aber wieder auf freien Fuß gesetzt, obwohl er keine Ausweispapiere und keine Geldmittel bei sich hatte. Die Gendarmerieabteilung Rodewisch sperre gestern abend den Landeplatz ab und stellte durch einen Dolmetscher fest, daß der Flugzeugführer als vierter Piloter von sieben in Eger aufgestiegen und dem Laufe der Eger gefolgt war. Dann hatte er die Richtung verloren und war dem Laufe der Avota gefolgt. Das Flugzeug, ein Doppeldecker, wurde heute früh admon-

der Fabrik seien jetzt vergessen.“

„In meinem Alter verzicht man Beleidigungen nicht mehr.“ behauptete der General, der jetzt ruhig geworden war. „Sehen Sie, meine Herren, da kommt der Kaffee; zu Tisch, zu Tisch!“

Fräulein Luise war über ihrer Beleidigung der Industrie und der modernen Ingenieure ganz rot und heiß geworden. Krag schaute sie an und lächelte. Ueber von Ingenieur Stener war nicht weiter die Rede.

Als das Frühstück eingenommen und der General unter viel Lärm und Brummen von Hans Christian zu seinem gewöhnlichen Besuch in den Ställen angefaßt worden war, blieb Krag allein im Rauchzimmer zurück. Fräulein Luise fuhr allein im Bonhagen aus, und der Deutnant ging auf sein Zimmer, um endlich seine Briefe an seine kleinen Freundinnen in Paris fertigzuschreiben.

Als Köchlein Krag eben nach den Zeitungen greifen wollte, setzte sich Hans Christian der jüngere unter der Tür.

„Ein Herr möchte den Herrn Deutnant sprechen.“ sagte er.

„Werde es ihm, er ist auf seinem Zimmer.“ antwortete Krag.

Hans Christian machte Recht, aber Krag hielt ihn auf. „Wer ist dieser Herr?“ fragte er.

„Herr Ingenieur Stener.“ erwiderte Hans Christian der jüngere.

(Fortsetzung folgt.)

Kirchennachrichten.

St. Nicolai.
 Trinitatisfest, 13. 6.: 9 Festgottesd.: D. Kirchenmusik:
 2 Eingeladene für Tenor mit Orgelbegleitung; a) Hymnus zu
 jenen Bergen, G. Adwe. b) Gott sei mir gnädig, M. Madetz.
 11 Kinder, K. D. Jugendgottesd., Bez. fällt aus. 1/2 Tauf-
 gottesd.: D. 5 Abendmahlsgottesd., in der Stille: D. 1/2
 Jungfr.-V., 8 Jungm.-V. Montag: Frauenverein-Ausflug
 nach dem Gneisungsbühl Lauter. Abfahrt 2.24 Uhr nachm.
 ab Aue. Dienstag: 8 Mariaverein, Mittwoch: 8 Bibelstunde
 im Pfarrsaal: D. Donnerstag: 8 Vorbereitung, 1. Kinder-
 V.: D.

Friedenskirche.
 Trinitatisfest, 9 Uhr: Hauptgottesdienst. Einzelbesung.
 Weichte und Abendmahl, 11 Uhr: Unterredung. Freitag, 8
 Christlicher Verein junger Männer.

Katholische Kirche.
 13. Juni (Dreifaltigkeitssonntag, letzter Termin zur Er-
 füllung der öfentl. Pflicht): früh 6.30 bis 7.45 hl. Weichte,
 auch fremder Weichtvater da. 8 Uhr Kommunionmesse mit
 Altarrede; 10 Hauptgottesdienst. Nachm. Ausflug des

Jugendvereins nach Schwarzenberg zum Weichtsonntag.
 Abends 8 Uhr kleine Weichtfeier im Kaffeezimmermann.
 19. Juni (Fronleichnam): vorm. 8 Uhr Gottesdienst mit Al-
 tarrede, abends 8 Uhr (besgl. am 20. und 21. Juni) An-
 dacht und Weicht für die Jugend zur Vorbereitung auf den
 Jugendsonntag am 22. Juni. Sonnabend (21. Juni) abends
 8-8 hl. Weichte der Jugend (auch fremder Weichtvater).
 Werktag hl. Messe früh 7 Uhr.

Evangelische Gemeinde Aue (Kapell): Schwarzenberg, Str. 74.
 Sonntag, 15. 6.: 9 Uhr vorm. Hauptgottesdienst, 11 Uhr
 Kindergottesdienst. Der Sonntag-Abend-Druck fällt aus.
 Mittwoch, abends 8 Uhr Evangelisationsgottesdienst. Freunde
 und Gönner sind herzlich willkommen.

Geschäftsverkehr.

Sonderbefragungen. Die Firma Friedrich Meyer, Wobe-
 kaufhaus, Aue, Sa., veranstaltet vom 14. bis einschließl.
 21. Juni einen Sonderverkauf, in welchem in der Hauptfache
 Ausdauerwaren, sowie Stoffe und Sommerbekleidung gona
 besonders preiswert zum Verkauf gelangen. Die riesig-

Kauswahl, samt die verhältnißmäßig niedrigen Preise machen einen
 Besuch des weltbekannten Kaufhauses lohnend. Der heutigen
 Nummer unserer Gesamtausgabe ist eine Sonderbeilage beige-
 färbt, welche eine Menge äußerst vorteilhafter Angebote ent-
 hält.

Ämliche Bekanntmachung.
Aue.

Für die Zwecke der Sozialversicherung sind für die
 Stadt Aue mit Wirkung vom 2. Juni 1924 an der Ortsteil
 der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst sowohl der land-
 wirtschaftlichen als auch der forstwirtschaftlichen Arbeiter
 und die Ortsteilpreise neu festgelegt worden.
 Die neuen Sätze können im Versicherungsamt —
 Stadthaus, Zimmer 5 — und bei der Geschäftsstelle der Allge-
 meinen Ortskrankenkasse Aue eingesehen werden.
 Aue, 12. Juni 1924.
 Der Rat der Stadt, Versicherungsamt.

Zur Aufklärung!

Die Chemnitzer „Volkstimme“ hat in Nr. 134 die ungeheuerliche Meldung verbreitet, daß unsere Firma unter Geschäfts-
 aufsicht gestellt sein soll.

Demgegenüber geben wir der Öffentlichkeit folgendes bekannt: Da die Meldung ganz offenbar auf Böswilligkeit beruht,
 haben wir Strafantrag gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Volkstimme“ gestellt. Hiernach erübrigt sich eine besondere Wider-
 legung und jede weitere Erklärung darüber, daß die Meldung glatt aus der Luft gegriffen ist, und es erübrigt sich, weiter zu bemerken,
 daß Lieferanten ihre Forderungen ohne Rücksicht auf die Höhe derselben nach wie vor bei der Kasse unserer Gesellschaft in den üblichen
 Geschäftsstunden gegen Quittung erheben können.

Sächsische Metallwarenfabrik August Wellner Söhne

Aue, den 12. Juni 1924.

Aktiengesellschaft
 G. m. b. H.

Zur Aufklärung!

Die Chemnitzer „Volkstimme“ hat in Nr. 134 die
 unwahre Meldung verbreitet, daß unsere Firma unter Geschäfts-
 aufsicht gestellt sein soll.

Wir geben der Öffentlichkeit folgendes bekannt:
 Da die Meldung offenbar auf Böswilligkeit beruht,
 haben wir Strafantrag gegen den verantwortlichen Schriftleiter
 der „Volkstimme“ gestellt. Es erübrigt sich daher besondere
 Widerlegung und jede weitere Erklärung darüber, daß die
 Meldung glatt aus der Luft gegriffen ist. Unsere Lieferanten
 erhalten nach wie vor ihre Forderungen in der bisherigen
 üblichen Weise reguliert.

Maschinen-Fabrik Hiltmann & Lorenz

Aktiengesellschaft.

Aue i. Sa., den 13. Juni 1924.



SIL

Das prachtvollste Schneeweiß
 zeigt jede Wäsche, die mit SIL behandelt ist.

SIL Henkel's beliebtes Bleich- und Waschmittel
 als Zusatz zur Seifenlauge gebraucht, ersetzt die unentbehrliche Nassbleiche.
 — OHNE CHLOR —

Die Herren Gastwirte

von Aue und Umgeb. werden gebeten, sich bei Bedarf von
Aushilfskellnern
 an Herrn Albin Seidel, Aue, Schwarzenberg Str. 11, III
 zu wenden. — Telefon 468.

Älterer Herr
 sucht einf. möbl.
Zimmer

mit Gas u. Kochgelegenheit
 mit u. Bettwäsche vorhanden.
 Angebote unter Nr. 520
 an h. Quer Tagesblätter.



Matthes
 Prima
Fetttheringe

10 Stück nur 50 Wfa.,
 feinste Gewürzquaste,
 Pfund nur 65 Wfa. bei
 Paul Matthes, Aue, Sa.

Anzugstoffe

Billigste Preise!
A. H. Streicher
 Grimmschule i. Sa.
 Muster liegen aus und
 Bestellungen werden
 angenommen bei:
 Herrn. Schwammekrug,
 Aue, Ankerbrennstr. 16

Corsetts, Wäsche

Linonbustenhalter, geschnürt, äußerst haltbar	2 25
Bustenhalter, seidenartiger Trikot, ange- nehmliches Tragen, weiß und rosa	2 50
Hüfthalter, la Drell, mit Gummizug, 1 Paar Strumpfhalter, grau und weiß	3 65
Damenbinden, gute Qualität	0 30
Bindengürtel, beste Ausführung	1 00, 0 65
Knabenhemden, mit halbem Arm, neuer Schnitt, alle Größen	1 15
Mädchenhemden, viereckig ausgeschnitten mit breiter Stickerei, alle Größen, 55 cm	2 00

Strumpfwaren

Damenstrümpfe, gewebt, verstärkte Ferse und Spitze	0 55
Frauenstrümpfe, 1x1 gestrickt, schwarz und braun, sehr haltbar	1 15
1 Posten Seidenflorstrümpfe Doppelsehle und Hochferse	1 20
Sportstutzen, gute Qualität, mit hübschen Rändern	1 50
Herrensocken in Baumwolle und Seiden- flor, gestrickt und einfarbig	1 85
Herrenunterhose, äußerst haltbar, grau und weiß, gestrickt	3 75
Hausschild-Häkelgarn	50 gr.-Lage 0 67

Meinzer's
 Etagengeschäft
 Aue :: Ernst-Papst-Straße 31.

Hängematten
 beste Ware — eigene Anfertigung
 Huth & Komp., Aue, Reichsstr. 14.

Drucksachen
 In sauberster Ausführung liefert schnell
 und preiswert die Buchdruckerei des
Tageblattes.

Freie Volksbühne
 Aue.
 Dienstag, den 17. Juni, punkt 8 Uhr im
 Bürgergarten
Der Zerrissene
 Posse in 3 Aufzügen von Johann Nestroy.
 Einige Karten zu 1.50 Mk. für Nichtmitglieder
 sind im Consumverein, Wettinerstraße 5, und
 an der Abendkasse zu haben.

Naturtheater Löbnitz.
 Sonnabend, den 14. Juni 1924
Charleys Tante
 Schwank in 3 Akten von Braudon Thomas.
 Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
 Prachtvolle Illumination.
 Sonntag, den 15. Juni 1924
Der Katzensteg
 Volkstück in einem Vorspiel u. 5 Akten (11 Bildern)
 von Hermann Sudermann.
 Kassenöffnung 3 Uhr. Anfang 4 Uhr.
 Ende nach 6 1/2 Uhr.
 Eintrittspreise: Nichtmitglieder 0.80 Mk.
 Mitglieder 0.60 Mk.
 Nach Schluß der Vorstellung Zugverbindung nach
 jeder Richtung.



Matthes
 Empfehle prachtvolle, lebende
Schleien das Pfund nur 150 Wfa.
 Paul Matthes, Filialhandlung

Butter!
 Gar. feinste, frische Molkerei-
 Tafelbutter aus 100. Probir-
 tion in Waffeln bei 8 Wfa.
 Verpackung und Porto frei!
 Mt. 1.00 liefert
 S. Wittmann, Wagsburg 2.
 Mit Unbekannte der Sachgenoss.

1 Sofa, gebraucht,
 1 Bettstelle,
 2 Matratzen
 billig zu verkaufen
 Schwarzenberger Str. 39, I. r.
 Erhöhtes Kinderleben
Schulmädchen
 gesucht.
 Straß-Papst-Straße 40, I. r.